



VSA:

Erhard Crome

Die ungeliebte Alternative

Rückbesinnung auf
friedliche Koexistenz
für eine zeitgemäße
internationale Politik

Erhard Crome
Die ungeliebte Alternative

Erhard Crome studierte Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg, von 2002 bis 2016 war er Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Jetzt ist er Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik in Potsdam. 2019 erschien im VSA: Verlag sein Buch »Deutschland auf Machtwegen. Moralin als Ressource für weltpolitische Ambitionen«.

Erhard Crome
Die ungeliebte Alternative
Rückbesinnung auf
friedliche Koexistenz für eine
zeitgemäße internationale Politik

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

welttrends.de

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Non Violence-Skulptur von Carl Fredrik Reuterswärd vor dem
UNO-Hauptquartier in New York (Foto: picture alliance/Daniel Kalker)

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-111-3

Inhalt

Kapitel 1

Annäherungen an die Weltlage	7
Erstes Abtasten	7
Geopolitischer Futterneid	9
Kriegsgefahr	11
»Elsass-Lothringen« im 21. Jahrhundert	13
Containment und Atomkriegsdenken	15
Der dritte Vogel	20
Gewandelte Kontinuitäten	24
Die »Gelbe Gefahr«	27
Weltpolitische Gewichtsverlagerungen	29
Systematische Verfeindung	31
Machthungrige Illusionisten	35
Konfliktkonstellationen im Wandel	37
Russland und Europa	40
Geschichtsklitterung als Staatspropaganda	45

Kapitel 2

Der Westen als Weltproblem	49
Afghanistan-Krieg – ein Menetekel	49
Gerechter Krieg?	53
Liberaler Imperialismus	55
Im strategischen Kalkül	59
Das Fazit des Afghanistan-Krieges	64
Systeme Internationaler Beziehungen	66
Zur Rolle des Staates	70
Amerikanische Spielregeln?	74

Kapitel 3

Das Weltsystem und der Weltfrieden	77
Weltmarkt und Weltsystem	79
Das Problem der Blickrichtung	83
Europa und die Weltordnung	89
Weltsystem und Entwicklungsperspektiven	92
Historische Umschichtungen	95

Kapitel 4	
Chinas Aufstieg und die geopolitischen Folgen	101
China in der Welt	102
Der säkulare Aufstieg und seine Eigenheiten	109
Neue Perspektiven.....	112
Fähigkeit zu historischer Defensive.....	115
Weltsystem und Zyklen.....	117
Schlaglichter der Feindseligkeit.....	119
Chinas Seidenstraßen	120
Verfehlte Doppelstrategie.....	123
Kapitel 5	
Friedliche Koexistenz. Das Erbe des 20. Jahrhunderts	127
Die asiatische Alternative	128
Globale Konfliktkonfigurationen	130
Das Problem der friedlichen Koexistenz	134
Konzeptionelles im Realsozialismus	137
Ausgänge des Kalten Krieges	140
Das Erbe des »Neuen Denkens«	143
Kapitel 6	
Friedliche Koexistenz. Chance des 21. Jahrhunderts	147
Deutsche Gesinnungsethik	147
Feindbildproduktion – gegen China	152
Spannungsbögen	156
Hintergründiges	158
Literatur.....	162

Kapitel 1

Annäherungen an die Weltlage

Der Herausgeber der *Berliner Zeitung*, Michael Maier, wohl einer der profilierten Vertreter seines Faches in Deutschland, monierte (13./14.03.2021), dass der neue US-Außenminister Antony Blinken und Präsident Joseph Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan den chinesischen Außenpolitiker Yang Jiechi, ehemaliger Außenminister und jetzt Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas, sowie Außenminister Wang Yi nach Alaska zu Gesprächen eingeladen haben. Das bestärke die chinesische Führung in der Haltung, sie könne machen, was sie wolle. Dabei verwies Maier, wie derzeit üblich, auf Hongkong und die Uiguren. Wollte er damit sagen, die Fortsetzung des von US-Präsident Donald Trump (2017-2021) angezettelten Handelskrieges und der Konfrontationspolitik gegen China sei besser als Verhandlungen? Dazu wörtlich: »Peking hat Fakten geschaffen. Der Westen ist in die Defensive geraten.« Verhandlungen also nur von einer Politik der Stärke, aus der Offensive heraus? Das ist eine Kernfrage derzeitiger westlicher Außenpolitik.

Erstes Abtasten

Die Biden-Administration ersetzt fehlende Stärke durch starke Worte – und steht damit in größerer Kontinuität zu Donald Trump, als Biden vor der Präsidentenwahl Glauben machen wollte. Bei dem von Meier infrage gestellten Treffen kam es gleich zu Beginn vor laufender Kamera zu einem scharfen Wortgefecht. Blinken erklärte, er wolle über Xinjiang – die von Uiguren bewohnte chinesische Provinz – sowie Hongkong, Taiwan und »Cyberangriffe« auf die USA reden, und meinte: »Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu China wird konkurrierend sein, wenn nötig, zusammenarbeitend, wenn möglich, und feindselig, wenn es sein muss.« Zu einem »Verhältnis« gehören aber immer zwei. Yang antwortete mit einer 15-minütigen Rede auf Chinesisch, in der er auf die schwächelnde Demokratie und die schlechte Behandlung von Minderheiten in den USA verwies und die US-Außen- und Handelspolitik kritisierte. »Sie missbrauchen sogenannte Begriffe der nationalen Sicherheit, um den normalen Handelsaustausch zu behindern und einige Länder dazu anzustiften, China anzugreifen.« Am Ende fiel der USA-Delegation nichts weiter ein, als zu nörgeln, China habe »das Proto-

koll verletzt«, weil dessen Delegationsleiter so lange geredet hatte (www.srf.ch, 19.3.2021).

Zu dem Treffen merkte ein außenpolitischer Beobachter aus Prag, in nahezu Schwejkscher Manier, ironisch an, in erster Linie wollten beide Seiten »ihre unerschütterliche Haltung demonstrieren«. »Wie Gorillas«, schrieb Marek Hudema in der Zeitung *Lidové noviny* (20.03.2021), »die sich auf die Brust klopfen und demonstrativ schreien, um ihre Kraft zu beweisen. Man sollte das amerikanisch-chinesische Verhältnis aber nicht nach scharfen Worten beurteilen, sondern sich darauf konzentrieren, was nicht passiert. Kommt es in Zukunft nicht zu einer Verschärfung des amerikanisch-chinesischen Handelskriegs und zu keiner bewaffneten Konfrontation um Taiwan, dann war die Gorilla-Taktik erfolgreich. Denn Gorillas demonstrieren durch ihr Auf-die-Brust klopfen und ihr Geschrei nicht nur Stärke, sondern bemühen sich dadurch auch, Kämpfe und Blutvergießen zu vermeiden.«

In die Kategorie der starken Worte gehörte ebenfalls, dass am 17. März 2021 Biden höchstpersönlich in einem Interview den russischen Präsidenten Wladimir Putin einen »Mörder« schimpfte, was im diplomatischen Verkehr, gelinde gesagt, zumindest unüblich ist. Der Vorsitzende der russischen Duma, Wjatscheslaw Wolodin, nannte dies einen »Angriff auf unser Land« und betonte: »Das ist Hysterie aufgrund von Machtlosigkeit« (Berliner Zeitung, 18.03.2021). Bereits am nächsten Tag »reagierte Putin auch selber – in jeder Hinsicht überlegen. Er wünschte Joe Biden eine gute Gesundheit (wissend, dass Joe Biden altersbedingt immer öfter mentale Aussetzer hat), und er offerierte Joe Biden, am Freitag (19.3.2021 – E.C.) oder am Montag (22.3.2021 – E.C.) ein Telefongespräch abzuhalten, das von allen Russinnen und Russen und allen Amerikanerinnen und Amerikanern online (!) mitgehört werden kann.« (Müller, Chr. 2021) Eine Antwort aus dem Weißen Haus kam nicht.

Auch hier wurde angemerkt, dass verfolgt werden müsse, welche Taten den Worten folgen. So sagte Peer Teschendorf, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau: »Die meisten Experten sahen die Aussagen auch eher innenpolitisch motiviert und verwiesen darauf, dass Biden seiner Partei signalisieren müsse, dass er es ernst meint mit dem Umgang mit Russland. Sehr wohl wurde auch wahrgenommen, dass im gleichen Interview von der notwendigen Kooperation mit Russland etwa in Abrüstungsfragen die Rede war. Auf eine gewisse Art könnte man in Russland diese Aussage sogar positiv aufnehmen. Die schlimmste Beleidigung, die ein amerikanischer Präsident Russland gegenüber ausgesprochen hat, war nicht die Gleichsetzung Wladimir Putins mit einem Mörder, sondern die Herabstufung Russlands zur Regionalmacht. Russland versteht sich als Gegenspieler der USA. [...]

In den Aussagen Bidens kann man zum Teil auch eine Bestätigung für die wiedererweckte geopolitische Bedeutung des flächenmäßig größten Staats der Erde sehen. Davon abgesehen kann man in Russland mit diesem Spiel der wechselseitigen Bedrohungen und gleichzeitigen pragmatischen Kooperationen, wo es von beiderseitigem Vorteil ist, sehr gut umgehen.« (www.ipg-journal.de, 23.3.2021)

Die Gorilla-Taktik wurde auch im Verhältnis der USA zu Russland fortgesetzt. Unter Verweis auf angebliche Cyberangriffe und Einmischung in die US-Wahlen 2020 setzte Biden Mitte April die »Sanktionspolitik« der USA gegen Russland fort, ließ russische Diplomaten ausweisen und setzte russische Staatsbeamte auf eine »Schwarze Liste« – Russland antwortete mit der Ausweisung US-amerikanischer Diplomaten und belegte US-Regierungsbeamte mit Einreiseverboten.

Geopolitischer Futterneid

Der Kampf der USA gegen den Aufstieg Chinas wurde inzwischen eine zentrale Achse der internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts. Er begann nicht erst mit Donald Trump, sondern bereits unter Präsident Barack Obama (2009-2017) und seiner Außenministerin Hillary Clinton und ihrer »Wendung nach Asien« (Clinton 2012; Crome 2014). Unter Trumps Präsidentschaft wurde viel über den Handelskrieg gegen China geredet. Im Hintergrund dessen forcierten die USA jedoch ihre militärische Aufrüstung weiter und die Einkreisung nicht nur Russlands, sondern auch Chinas. Der kritische US-amerikanische Politikwissenschaftler Chalmers Johnson sprach bereits vor 20 Jahren von einem »Imperium der Militärbasen« und verwies auf Angaben des Pentagon zu 2001, wonach die USA außerhalb des eigenen Territoriums mindestens 725 Militärbasen in 139 Staaten unterhielten, auf denen über 250.000 Militärangehörige stationiert waren, nicht gerechnet die 34.000 Zivilangestellten und 190.000 Familienangehörigen (Johnson Ch. 2004: 11f., 21, 215). Diese genießen Exterritorialität – das heißt US-amerikanische Militärangehörige können wegen Straftaten gegen Einheimische in dem betreffenden Land nicht belangt werden – und die jeweiligen Militärkommandeure herrschen in ihrem Machtbereich wie einst römische Prokonsuln.

Dieses System war im Zweiten Weltkrieg begonnen, im Kalten Krieg territorial und logistisch gegen die Sowjetunion und die Organisation des Warschauer Vertrages sowie die Volksrepublik China errichtet und danach nicht abgebaut worden. Es dient insgesamt der Kontrolle der globalen Ver-

hältnisse durch die USA, umringt jedoch nach wie vor hauptsächlich China und Russland – und wurde seither weiter ausgebaut. Derzeit werden etwa 800 militärische Außenposten der USA gezählt, insbesondere durch die Expansion der NATO »in die frühere sowjetische Einflusszone in Osteuropa« (Milanovic 2021).

Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen nach den Zahlen des in Stockholm beheimateten Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI im Jahre 2020 1.830 Mrd. US-Dollar. Das war in realer Kaufkraft gerechnet ein neuerlicher Anstieg, in diesem Jahr um 3,9% gegenüber 2019, und der muss insbesondere auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und des Rückgangs der globalen Wirtschaftsleistung um 4,4% betrachtet werden (*www.iiss.org*, 25.2.2021). Dies war – das muss immer wieder erinnert werden – erneut deutlich mehr, als am Ende des Kalten Krieges: Damals wurden weltweit etwa 1.400 Mrd. US-Dollar für die Rüstung ausgegeben (im Jahre 1989 1.425 Mrd. und 1990 1.367 Mrd. US-Dollar). Es gab keine »Friedensdividende« durch Beendigung des Kalten Krieges, wie 1990 viele Menschen in Ost und West gehofft hatten.

An der »Spitze des Rudels«, wie Donald Trump das einmal nannte, standen wieder die USA mit 738 Mrd. US-Dollar. Das sind die offiziellen Angaben, die realen Ausgaben (mit allen in anderen Etatposten versteckten Budgets) werden auf knapp 936 Mrd. US-Dollar veranschlagt. Selbst nach den offiziellen Angaben entfallen 40% der weltweiten Rüstungsausgaben auf die USA; sie liegen fast viermal höher als die Chinas (193,3 Mrd. US-Dollar) und zwölfmal höher als die Russlands (60,6 Mrd. US-Dollar). Anders gesagt: Die USA geben allein dreimal so viel für Militärzwecke aus, wie ihre erklärten Rivalen China und Russland zusammen. Rechnet man zu den Militärausgaben der NATO die wichtiger Verbündeter, wie Australien, Japan und Südkorea, hinzu, entfallen zwei Drittel der globalen Militärausgaben auf »den Westen« (*german-foreign-policy.com*, 1.3.2021).

Unter den europäischen NATO-Staaten lag Großbritannien mit 61,5 Mrd. US-Dollar an der Spitze, gefolgt von Frankreich mit 55 Mrd. US-Dollar und Deutschland mit 51,3 Mrd. US-Dollar. Damit geben sie zusammen ebenfalls dreimal so viel für das Militär aus wie Russland (*www.dw.com*, 25.2.2021). Deutschland hat die siebtgrößten Militärausgaben der Welt. Der Bundeswehrhaushalt stieg 2019 zu 2018 um 12,2%, 2020 nochmals um 5,6%. Für das laufende Jahr hat die Bundesregierung trotz Corona eine nochmalige Steigerung um 2,8% vorgesehen und an die NATO Ausgaben von über 53 Mrd. Euro gemeldet. Ähnlich Indien. Das Land hat unter Premierminister Narendra Modi seinen Rüstungshaushalt seit 2014 um 40% gesteigert und liegt mit 64,1 Mrd. US-Dollar weltweit auf Platz 3 (*german-foreign-policy.com*, 1.3.2021).

Gestützt auf ihr globalstrategisches und militärisches Potenzial sowie ihre Militärstützpunkte im indo-pazifischen Raum schüren die USA die regionalen Konflikte, die sie zum Teil geschaffen, zu einem anderen Teil vorgefunden haben, in geografischer Nähe Chinas – nicht nur im Südchinesischen Meer, auch in Bezug auf Taiwan und Korea. Hinzu kommen die Förderung secessionistischer Kräfte in Tibet und Xinjiang, geheimdienstfinanzierte Operationen für eine »Farbrevolution« in China, aktuell mit der Unterstützung von Unruhen in Hongkong, sowie wirtschaftlicher und politischer Druck auf Drittländer. Zu den vorgefundenen Rivalitäten in der Region im weiteren Sinne gehören jene zwischen Japan und China, Indien und China, Vietnam und China. Traditionell wurde im Konflikt zwischen Indien und Pakistan, der seit 1947 zu mindestens drei Kriegen geführt hat, während des Kalten Krieges Indien von der Sowjetunion unterstützt und Pakistan von China und den USA. Nach der Annäherung zwischen Indien und den USA seit US-Präsident George W. Bush (2001–2009) blieb China an der Seite Pakistans, sodass auch hier das Konfliktregister durch die USA ggf. gegen China gezogen werden kann.

Als neues Konstrukt gegen China gilt die »Quad«-Gruppe (»Quadrilateraler Sicherheitsdialog«), ein informeller Verbund zwischen den USA und Japan, Indien sowie Australien. Entstanden eher aus der Not während der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean 2004, als die vier Länder ihre Kräfte, Transportflugzeuge, Hubschrauber, Schiffe und Personal, Truppen wie ziviles Hilfspersonal, bündelten, um Soforthilfe zu leisten, soll daraus jetzt ein »Sicherheits«-Konstrukt gemacht werden von »Demokratien« in Asien, die für einen »freien und offenen Indo-Pazifik« eintreten. Das könnte, so die österreichische Zeitung *Der Standard*, »eine asiatische NATO werden« (www.derstandard.de, 17.3.2021). Nicht zufällig fand das seit Jahren erste Quad-Treffen hochrangiger Vertreter der vier Länder knapp eine Woche vor dem Treffen USA-China in Alaska statt.

Kriegsgefahr

Die Frage nach dem »großen Krieg« der USA gegen China, wie sie der Historiker Hobsbawm bereits vor zwölf Jahren aufgeworfen hatte, steht nach wie vor im Raum. Es ist der Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg, der mit der Weltwirtschaftskrise von 2008 neu auf die Tagesordnung gerückt war. Resultierte aus der Krise neue Kriegsgefahr? Der berühmte, damals bereits über 93 Jahre alte Historiker Eric Hobsbawm wurde aus aktuellem Anlass zur Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen befragt. Ob er nun

das Ende des Kapitalismus erleben werde, wurde er gefragt. »Nein, ich glaube nicht«, antwortete Hobsbawm, »dass ich dieses Ende, über das ich mich freuen würde, noch erlebe. Als Historiker weiß ich aber, dass es keine Dauerlösungen gibt. Auch der Kapitalismus, egal, wie zäh er ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, er wird verschwinden, früher oder später.« Dann verwies er auf die Weltwirtschaftskrise, die Große Depression Anfang der 1930er Jahre und den Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach (der Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers war 2008 der Auslöser der Finanzkrise). Vor allem vor dem Hintergrund der Großen Depression und ihrer Folgen – so weiter Hobsbawm – sei es unfassbar, dass »die Ideologen der entfesselten Marktwirtschaft, deren Vorgänger schon einmal so eine fürchterliche Katastrophe, also Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, letztendlich auch den Weltkrieg mitverursacht haben, in den späten Siebzigern, den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder das Sagen haben konnten«. Einen der Gründe dafür sah er in dem unglaublich kurzen Gedächtnis der Menschen. »Wir Historiker schreiben die Verbrechen und den Wahnsinn der Menschheit auf. [...] Aber fast nichts wird aus der Geschichte gelernt. Das rächt sich nun. In den letzten 30, 40 Jahren wurde eine rationale Analyse des Kapitalismus systematisch verweigert.« Er hätte auch sagen können: von interessierter Seite unterbunden. Die Aussage ist jedoch auch so klar genug. Auf den Hinweis, es gäbe doch jede Menge Wirtschaftswissenschaftler und Experten, entgegnete er, das seien »vor allem Theologen des Marktes mit einem kindlichen Glauben, dass der Markt alles von allein regeln wird. Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, das macht sie so gefährlich für die Menschheit.«

Vor diesem Hintergrund betonte Hobsbawm, dass weder Obama noch Merkel in der Krise wussten, was sie tun. Die Politiker eilten »aufgeschreckt wie Krankenschwestern [...] ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten«. Noch schlimmer: »Wie ein blinder Mann, der durch ein Labyrinth zu gehen versucht, klopfen sie mit verschiedenen Stöcken die Wände ab, ganz verzweifelt, und sie hoffen, dass sie so irgendwann den Ausgang finden.« Am Ende jedoch werde »Blut fließen, viel Blut«, und es werde auf einen großen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen. (*Der Stern*, Hamburg, Nr. 20/2009.)

»Elsass-Lothringen« im 21. Jahrhundert

Aus Nordamerika kommende Trotzkiten, wie der kürzlich verstorbene Leo Panitch, rubrizieren die gesamte Nachkriegsentwicklung unter dem Stichwort »American Empire« und sehen in der globalen Auseinandersetzung der Gegenwart lediglich das Bestreben der Herrschenden in den USA, China in dieses »Empire« subaltern einzuordnen. So erschien die Wahl Donald Trumps 2016 als rein politischer Vorgang, höchstens geeignet, »die ideologische Hegemonie des informellen US-Imperiums« zu beeinträchtigen. Die Folgerung lautete daher: »Die allzu häufige Fehlinterpretation der heutigen Welt in Bezug auf China (geschweige denn Russland) als alternativen Hegemon, der die Vereinigten Staaten herausfordert und die alte Theorie der inter-imperialen Rivalität zu Beginn des 20. Jahrhunderts effektiv nachahmt, ignoriert, was die Entwicklung des globalen Kapitalismus durch die gegenseitige Durchdringung in Produktion und Finanzen mit tiefgreifenden strukturellen Auswirkungen mit sich gebracht hat.« (Panitsch/Gindin 2019: 14, 25) Dies ist Ausdruck eines völligen Unvermögens, die Welt des 21. Jahrhunderts zu verstehen und zutreffende Schlussfolgerungen in Hinsicht auf die real entstehenden Kriegsgefahren zu ziehen. China ahmt niemanden nach. Es steigt auf, ungeachtet der Wünsche und Vorstellungen der USA und der linken Anbeter von deren Macht.

Das einst vieldiskutierte Werk von Michael Hardt und Antonio Negri namens »Empire« (Hardt/Negri 2002) ordnet sich hier ebenfalls ein. Es kam mit pseudo-marxistischen Begriffen daher, hat zur wirklichen Analyse der Weltverhältnisse jedoch kaum etwas beigetragen. Dabei verschwinden nicht nur die Eigenheiten des hegemonialen Übergangs im Weltsystem, wie sie historisch Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein beschrieben haben, sondern auch die Unterschiede zwischen den globalistischen Interventionisten in den USA, wie sie Obama und Biden verkörpern, und dem nationalistischen Unilateralismus, für den Trump stand. Die Präsidentenwahlen in den USA 2020 hatten nicht nur eine innenpolitische, sondern auch eine außenpolitische Dimension.

Betrachtet man den politischen Kontext, so zeigte sich: Beide Seiten waren auch unter Donald Trump und Xi Jinping sichtlich bemüht, eine direkte Interessenskollision, eine militärisch-strategische Konfrontation nicht zuzulassen. Chinas Aufstieg braucht keinen Krieg. Es gilt die Grunderkenntnis aus der Spätphase des Kalten Krieges: Die Clausewitz'sche Formel, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, gilt nicht mehr; es gibt keine Politik, die durch einen alles vernichtenden Nuklearkrieg zu realisieren wäre. Das heißt: Ein Atomkrieg ist weder führbar noch gewinnbar.

Chinas Kultur der Politik ist rückwärts, in die Vergangenheit, wie vorwärts in die Zukunft betrachtet eine, die in Jahrtausenden rechnet, während der westliche Spätkapitalismus nur ein Heute kennt. China hat Zeit, sein Aufstieg ist friedlich und zugleich unaufhaltsam, während der »Welt des weißen Mannes« die Vorherrschaft zwischen den Fingern zerrinnt. Entscheidend für die nächsten zehn Jahre ist: Zwingt China im Bündnis mit Russland und anderen Mächten sowie friedenswilligen Kräften in aller Welt – hier wäre auch über deutsche Außenpolitik zu reden – die USA und die NATO, einen großen Krieg nicht auszulösen?

Der Friedensforscher Ulrich Knappe kam in einem Resumé des Kalten Krieges zu dem Ergebnis, dass auch der Kalte Krieg eine Friedensform war. Er trug »neben dem Moment der Konfrontation auch das der Kooperation« in sich. Er war »die Entstehung des gefährdeten Weltfriedens, der den alles vernichtenden Weltkrieg als Alternative gehabt hätte« (Knappe 2018: 255). Unter der Voraussetzung der Nicht-Führbarkeit und Nicht-Gewinnbarkeit eines thermonuklearen Weltkrieges war der Kalte Krieg die Austragungsform der Auseinandersetzung zwischen USA, NATO und »dem Westen« auf der einen und der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der anderen Seite. Heute sind neues Wettrüsten und Handelskrieg Austragungsformen des Hegemonialkampfes, den die absteigenden USA gegen das aufsteigende China führen. Das muss aber nicht heißen, dass der Zweck dieser USA-Politik der große Krieg ist. Der Zweck ist das Aufhalten und Behindern des Aufstiegs Chinas. Das soll auch aus USA-Sicht nicht um den Preis der Vernichtung der Welt geschehen. Insofern liegen heutige Betrachter falsch, die in einem traditionalistischen Sinne die Handelskriege als Vorbereitung für den großen Krieg zu fassen suchen.

Kevin Rudd, Sinologe und früherer Premierminister Australiens, heute Präsident eines Asien-Instituts mit Sitz in New York, gab im Herbst 2020 der *Neuen Zürcher Zeitung* ein Interview (29.9.2020). Die Rivalität zwischen den USA und China, betonte er, sei Ergebnis struktureller und personeller Faktoren. Die strukturelle Seite sei völlig klar: die Veränderung des Kräfteverhältnisses in militärischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Zur personellen Seite gehöre einerseits der Führungsstil Xis, »der bestimmender und aggressiver ist, als der all seiner Vorgänger seit Mao«, andererseits Trumps »Besessenheit in Bezug auf bestimmte Teile der Wirtschaft, besonders den bilateralen Handel«. Die politischen Eliten der USA, Republikaner und Demokraten, seien zu dem Schluss gekommen, »dass China unter Xi keine Status-quo-Macht« mehr sei, »sondern dass es Amerika in seiner globalen Führungsposition ablösen« wolle. Dann differenzierte Rudd sehr interessant: »Hätte Hillary Clinton 2016 gewonnen, wäre ihre Reakti-

on sehr hart gewesen. Trump ist primär oberflächlich hart aufgetreten, vor allem in den Bereichen Handel und Technologie. Er wurde erst durch die Covid-19-Krise, die seine Wiederwahl bedroht, zu einer umfassend härteren Gangart veranlasst. Wäre der nächste Präsident der USA ein Demokrat, dürfte die neue Regierung gegenüber China ebenso robust, aber systematischer auftreten.« Mit anderen Worten: Eine Entspannung wird es nicht geben. Das ist genau das, womit wir es unter Biden 2021 zu tun haben.

Das Ergebnis, das mit Corona verstärkt wurde, so weiter Rudd, sei eine weltwirtschaftliche Entkopplung zwischen den USA und China, die bereits begonnen habe. Das betrifft die Auflösung globaler Lieferketten; die Zweiteilung in Bezug auf »kritische Technologien«, wie bei der Halbleitertechnik und den Mikrochips, was am Ende zu einer Zweiteilung des Internets führen werde; die Schrumpfung wechselseitiger Direktinvestitionen sowie die Abkopplung der »Talentemärkte«. Dem stehen jedoch Gegenkräfte gegenüber. China liege, trotz aller Bemühungen, in der Halbleiterindustrie 3-7 Jahre hinter den USA, Taiwan und Südkorea zurück. Bisher stammen jedoch 50% der Gewinne der USA-Halbleiterindustrie von Kunden aus China. Dieses Geld finanziert entsprechende Forschungen in den USA. Um den technologischen Vorsprung zu halten, stehe deshalb das Pentagon »nicht auf der Seite der Anti-China-Falken«. Das gelte auch für die Herren des Silicon Valley und der Wall Street.

Am Ende warnte Rudd jedoch, er habe in Washington und in Peking mit zu vielen Leuten gesprochen, um einen militärischen Konflikt für eine nur theoretische Möglichkeit zu halten. Eingewandt werde, das widerspreche der Rationalität. Aber die habe 1914 in Europa auch nicht funktioniert. Der Nationalismus sei heute nicht weniger giftig. »Denken Sie daran, dass wir in Ostasien unsere eigene Version von Elsass-Lothringen haben: Sie heißt Taiwan.« Elsass-Lothringen, das einst zum alten deutschen Reich gehört hatte, unter König Ludwig XIV. (1643-1715) von Frankreich annektiert und 1871 dem Bismarck-Reich angegliedert wurde, war bis zu Beginn des Ersten Weltkrieges zentraler Konfliktpunkt in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, der ihre wechselseitige Feindschaft prägte und damit das europäische »Konzert der Mächte« vergiftete.

Containment und Atomkriegsdenken

In den USA wird auch im 21. Jahrhundert weiter über die Führbarkeit von Kriegen unter Verwendung von Atomwaffen nachgedacht (vgl. Crome 2019a: 21ff.). In der Nummer März/April 2019 der Zeitschrift *Foreign Affairs* er-

schien ein Text des Politikwissenschaftlers Michael Mandelbaum, Jahrgang 1946, in dem er für einen Kurswechsel der US-amerikanischen Außenpolitik plädierte, als ein Neuaufguss des Kalten Krieges. Bereits der Titel signalisierte das: »Das neue Containment. Zum Umgang mit Russland, China und dem Iran«. Containment, Eindämmung, war der zentrale Terminus der Nachkriegsstrategie der USA nach 1945. Mandelbaum resümierte die gesamte Nachkriegsgeschichte unter der Rubrik »Containment« und erklärte ganz im Sinne der alten antikommunistischen Klischees die Sowjetunion im Nachhinein zu einer Macht, die nicht nur geopolitische Interessen verfolgt habe, sondern auch ihre »kommunistischen Prinzipien« und eine »Kreuzzugsideologie«. Tatsächlich war die Sowjetunion – wie der Historiker John Lukács schon vor Jahren betonte – bereits unter Stalin eine Macht, die geopolitische russische und nicht mehr weltrevolutionäre Ziele verfolgte (Lukács 1996: 72, 101).

Es sei der US-amerikanischen Außenpolitik, so weiter Mandelbaum, jedoch gelungen, das Bündnis mit der Sowjetunion zu suchen, um Nazi-Deutschland zu schlagen, und später das mit China, um die Sowjetunion zu besiegen. Nun beschreibt er sehr schlicht die gegenwärtige internationale Lage: Die ersten Jahre seit dem Kalten Krieg seien »die friedlichsten in der modernen Geschichte« gewesen, dann seien jedoch drei »revisionistische Mächte« aufgetaucht, die die USA und die von ihnen gestützte globale Ordnung herausfordern: Russland, China und der Iran. Jede würde auf ihre Weise versuchen, »die Sicherheitsarrangements in ihren respektiven Regionen« zu revidieren. Russland halte die Krim und andere Teile der Ukraine besetzt und sei bestrebt, die »europäischen Demokratien« zu destabilisieren. China baue künstliche Inseln in internationalen Gewässern und wolle den Westpazifik kontrollieren. Der Iran habe seinen Einfluss in Irak, Libanon, Syrien und Jemen erweitert und strebe nach Atomwaffen. Deshalb sollten die USA im 21. Jahrhundert eine »neue Containment-Politik« betreiben. Keine der drei Mächte sei mit der damaligen Sowjetunion vergleichbar, dennoch sollten sie eingedämmt werden, auf jeweils spezifische Weise in ihrem respektiven regionalen Umfeld. Das Containment der Sowjetunion war ein globales Unterfangen, das regional implementiert werden musste, heute gehe es um drei Containment-Politiken, die allerdings miteinander zusammenhängen.

Haupthindernis für die Umsetzung einer solchen Strategie sei der Zustand der USA. Von Trump und seiner Außenpolitik war bei Mandelbaum nicht direkt die Rede. Wohl aber von dem tiefen Skeptizismus in den USA angesichts der gescheiterten Abenteuer im Ausland, den jämmerlichen Ergebnissen der Interventionen in Afghanistan, Irak und Libyen. Die Perspektive eines »neuen Containments« heute sei jedoch etwas völlig anderes. Bei

den »gescheiterten Kreuzzügen der jüngeren Vergangenheit« sei es um Bestrebungen gegangen, die inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse schwacher Staaten zu transformieren. Hier gehe es um die Schaffung von Bündnissen mit starken Staaten.

Genau betrachtet war Mandelbaums Text ein erneuertes Credo der interventionistischen Globalisten, die vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu Obama das Land regiert und militärisch sowie politisch-diplomatisch geführt hatten, im Grunde die konzeptionelle Untersetzung von Joe Bidens Bekundung auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2019 in Sachen Trump-Administration: »Ich verspreche Ihnen, das wird vorbeigehen. Wir kommen zurück.« (www.merkur.de, 11.09.2019) Was bereits damals hieß: Wir wollen wieder Globalpolitik, Regionalkriege, Drohen mit Kernwaffen und Regime Change.

An dieser Stelle ist nun von einem Mann namens Eric Brewer zu reden. Die »Intelligence Community«, der Verbund der Geheimdienste der USA, wurde im Jahre 1981 per Erlass des damals neugewählten US-Präsidenten Ronald Reagan geschaffen. Zu diesem gewaltigen Apparat gehören derzeit 18 verschiedene Geheimdienste, die laut *Washington Post* und Wikipedia im Jahre 2010 854.000 Mitarbeiter hatten. (Eine neuere Zahl gibt es offenbar nicht.) Einen zentralen Platz in der »Community« nimmt der »National Intelligence Council« ein, bei dem die zentrale Untersuchung strategischer Fragen angesiedelt ist. Dort war Brewer von 2014 bis 2017 Stellvertretender Chef der Analyse-Einheit, die sich mit Fragen der Atomwaffen, den Möglichkeiten ausländischer Mächte, nukleare Waffensysteme zu entwickeln, ihrer Weitergabe und ihren möglichen künftigen Gefahren befasst. Zuvor, 2008-2014, war er Analytiker bei dem militärischen Geheimdienst der USA *Defense Intelligence Agency* (DIA) mit Schwerpunkten zu den Atomwaffen Irans und Nordkoreas. 2017-18 diente Brewer im Nationalen Sicherheitsrat der USA, also einer zentralen Einrichtung der Regierung, die direkt dem Präsidenten untersteht – seit 2017 bekanntlich Donald Trump –, als »Direktor für Gegen-Proliferation«.

Im militärisch-politischen Verständnis der USA bedient sich die Politik zur Nichtweiterverbreitung – »Nonproliferation« – und der Rüstungskontrolle politischer, rechtlicher und administrativer Mittel, um andere Staaten davon abzuhalten oder sie daran zu hindern, gefährliche Waffen, insbesondere Massenvernichtungsmittel, Raketen größerer Reichweite oder besonders zerstörerische konventionelle Waffen zu entwickeln oder sich zu verschaffen. »Counterproliferation« dagegen fokussiert auf geheimdienstliche Maßnahmen, juristische Zwangsmaßnahmen und gegebenenfalls auch Militäraktionen, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Jahre 2018 wurde Brewer »Visiting Fellow« am »Center for a New American Security« (CNAS – Zentrum für eine neue amerikanische Sicherheit) und Fellow am »Council on Foreign Relations« (CFR), dem renommierten, bereits 1921 gegründeten »Rat für auswärtige Beziehungen«. Sucht man nach dem CNAS, so findet man, dass es erst 2007 gegründet wurde und einen »bipartisanen« Anspruch hat, also parteiübergreifend ausgerichtet ist, und für Demokraten und Republikaner in den USA arbeitet. Bei Wikipedia findet sich eine Liste wichtiger Personen, die mit dem CNAS verbunden sind, darunter Richard Armitage, der den republikanischen Präsidenten Reagan und George W. Bush als stellvertretender Verteidigungs- bzw. stellvertretender Außenminister gedient hat, der ehemalige General James Clapper, der unter dem Demokraten Obama viele Jahre der oberste Koordinator der »Intelligence Community« gewesen ist, und die sattsam bekannte Victoria Nuland, unter dem demokratischen Präsidenten Bill Clinton (1993-2001) Stabschefin des stellvertretenden Außenministers Strobe Talbott, beim republikanischen Vizepräsidenten von George W. Bush, Dick Cheney, sicherheitspolitische Beraterin und unter Obama stellvertretende Außenministerin.

Am Ende ist klar: Das CNAS ist ein strategisches Zentrum der Globalisten beider Parteien. Denen war Trumps Außenpolitik ein Greuel. Im Mai 2016, im Vorfeld der vorigen Präsidentenwahl in den USA, hatte dieses Zentrum »Papers für den nächsten Präsidenten« produziert, um diesen und sein Team auf eine »starke und prinzipielle« nationale Sicherheitsagenda einzuschwören. Nur hatte Trump bekanntlich wider Erwarten jene Wahlen gewonnen und derlei Ratschläge grundsätzlich ausgeschlagen.

Im Heft von September/Oktober 2019 der Zeitschrift *Foreign Affairs*, die vom CFR herausgegeben wird, wurde ein Artikel von Brewer placiert. Er trägt den Titel: »Werden die Atomwaffen ein Comeback erleben?« Er unterstellt, das Nichtweitergabe-Regime sei umstritten. Tatsächlich haben die USA einen wichtigen Begrenzungsvertrag unter Trump aufgekündigt – den über das Verbot der Mittelstreckenraketen (Crome 2019b). Das New-START-Abkommen zur Begrenzung der strategischen Waffensysteme der USA und Russlands war für einen Zeitraum bis Februar 2021 vereinbart – und unter Trump am Ende in der Schwebe. Die Präsidenten Biden und Putin haben es kurz nach der Amtseinführung Bidens ohne Vorbedingungen um fünf Jahre verlängert. Aber weiter Brewer: China und andere Staaten hätten ihre nuklearen Arsenale vergrößert, ohne dass sie durch Vertrag daran gehindert würden. Gleichwohl haben die meisten Länder auf Atomwaffen verzichtet, kaum ein Land, das nicht bereits über Atomwaffen verfügt, scheint solche entwickeln zu wollen; nur wenige, wie der Iran, würden über die erforderlichen Kapazitäten verfügen.

In der Vergangenheit, so Brewer, hätten die USA, auch in Übereinstimmung mit der UNO, massiven politischen und wirtschaftlichen Druck auf Staaten ausgeübt, die mutmaßlich versuchten, Atomwaffen zu entwickeln; im Falle des Irak und Libyens habe das funktioniert. Die Nichtweiterverbreitung hänge jedoch von der Führerschaft der USA, ihren Bündnissystemen und ihrer Entschlossenheit ab. Die seien unter Trump aber unter Druck geraten. Die globalen Bedrohungen durch Russland, China, Nordkorea und das Gespenst eines nicht begrenzten Iran würden einen entflammaren Mix ergeben. Trumps Aktionen zeigten jedoch, dass er das Bündnissystem der USA eher als Belastung denn als Vorzug betrachtet. Wir wüssten heute nicht, so weiter Brewer, ob Trumps »Feindseligkeit gegenüber einer US-geführten Weltordnung« seine Präsidentschaft überdauern werde, aber etliche Grundzüge dessen würden wohl fortbestehen. Auch künftige Führer der USA würden es mit dem Aufstieg rivalisierender Mächte, Haushaltsbelastungen und innenpolitischen Begrenzungen zu tun haben.

Die Abwertung des Prinzips des freien Handels, die Skepsis gegenüber internationalen Institutionen und der geschäftsmäßige Umgang mit den Allianzen relativierten jedoch das Instrument des Drucks auf Länder, die Atomwaffen erwerben wollen, und verbreiteten Unsicherheit unter den Verbündeten der USA. Das hätte zur Folge gehabt, dass angesichts der Iran-Politik der USA die europäischen Staaten danach strebten, die Sanktionen der USA zu unterlaufen und Mittel zu finden, die Dominanz der USA im internationalen Finanzsystem zu untergraben. Nordkorea wurde – nicht zuletzt durch den »maximalen Druck« der USA – zu einem Paria-Staat, der ohnehin nichts mehr zu verlieren habe. Die Atomwaffen Nordkoreas führten jedoch dazu, dass Südkorea und Japan ebenfalls über Nuklearwaffen nachdenken. Einen Global Player wie Japan könnten die USA jedoch nicht mittels Sanktionen dazu bringen, davon abzusehen, ohne sich selbst zu schaden. Insofern könnte eine größere Betonung von »Lastenteilung« (Burden sharing) künftig auch bedeuten, die Verbündeten der USA zu ermutigen, die Kapazitäten zu schaffen, die für die Entwicklung von Atomwaffen nötig sind. Auf die Debatten um eigene Atomwaffen in Deutschland verweist Brewer ebenfalls (vgl. Crome 2019a: 13ff.).

Der Artikel erschien ein Jahr vor den turnusmäßigen Präsidentenwahlen in den USA. Das CNAS produzierte offenbar wieder »Papers für den nächsten Präsidenten«. Insofern wurde als eine neue Idee der Globalisten in den USA lanciert, auf die Gewichtsverschiebungen auf globaler Ebene zu reagieren, indem das Ziel, eine Proliferation atomarer Waffen auch unter den Verbündeten der USA zu verhindern, aufgegeben wird. Stattdessen sollten diese ermuntert werden, sich ihrerseits solche Waffen zu verschaffen. Der Titel

des Artikels war insofern nicht etwa eine Warnung, sondern Ermunterung: »Counterproliferation« gilt dann nur noch für Nordkorea und Iran, während die Verbündeten zur Proliferation ermutigt werden. Das wäre schon ein starkes Stück. Es zeigt, dass nicht nur alte Eisen des Kalten Krieges, wie Mandelbaum, sondern auch die nachfolgende Generation strategischer Denker in den USA Atomwaffen als Mittel einer operativen Politik nutzen möchte. Das ganze System der »Nonproliferation« würde infrage gestellt. Im Falle Deutschlands verbietet dies der Zwei-plus-Vier-Vertrag. Der müsste dann ebenfalls beiseitegeschoben werden.

Der dritte Vogel

Joe Biden wurde gewählt und hat Donald Trump die Präsidentschaft entwunden. Bei der Amtseinführung im Januar 2021 war er mit 78 Jahren der älteste Präsident, den die USA je hatten. Trotz aller Turbulenzen war es eine Trump-Wahl. Er hat polarisiert, wie kaum einer vor ihm in diesem Amt. Er hatte diese Polarisierung nicht herbeigeführt, sondern vorgefunden, jedoch eifrig verstärkt. Die »negative Parteiidentifikation«, die der US-amerikanische Kolumnist Ezra Klein ausmachte, spielte eine zentrale Rolle: Die Niederlage der Gegenseite ist zentral. Sie wird nicht als politischer Konkurrent, sondern als feindlich wahrgenommen, und man gönnt ihr keinen Erfolg. Das scheint wichtiger, als der Erfolg eines eigenen Programms (Klein 2020: 103, 219). So war die Wahl in den USA 2020 eine Mobilisierungswahl. 2016 wählten Donald Trump knapp 63 Millionen Menschen, Hillary Clinton fast 66 Millionen. Für 2020 hatten die meisten Demoskopien einen erdrutschartigen Wahlsieg der Demokraten vorhergesagt – der aber blieb aus. Tatsächlich stimmten für Trump mehr als 74 Mio. Wähler:innen, elf Millionen mehr als vier Jahre zuvor. Biden allerdings wählten über 80 Mio. Amerikaner:innen, 14 Mio. mehr als damals für Clinton.

Auch wenn Biden beteuert, er wolle das Land wieder zusammenführen, ist seine Präsidentschaft doch Ergebnis der tiefen Spaltung des Landes, ebenso wie die Demonstrationen von Trump-Anhänger:innen gegen das Wahlergebnis und der »Sturm« der Trump-Anhänger:innen auf das Kapitol am 6. Januar 2021. Die Legende von der Trump »gestohlenen Wahl« ist jedoch keine Marotte eines einzelnen, selbstverliebten alten Mannes, sondern Kalkül mit Blick auf kommende Wahlen.

Im Jahre 1994 hatten die Republikaner bei den Kongresswahlen beide Häuser gewonnen und der Clinton-Regierung durch Blockadepolitik das Regieren nahezu unmöglich gemacht. Der junge, strebsame Abgeordnete Newt

Gingrich avancierte zum Sprecher des Repräsentantenhauses und erwirkte ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Bill Clinton wegen einer Affäre mit einer Praktikantin, und weil der in dieser Sache gelogen hatte. Obwohl die Amtsenthebung, das Impeachment, scheiterte, galt die Clinton-Regierung nicht nur als zu liberal, sondern nun als korrupt und unmoralisch. Barack Obamas Regierung wurde als illegitim dargestellt, weil er angeblich nicht in den USA geboren wurde. Diese Kampagne – ein Wortführer war Donald Trump – scheiterte zwar, aber für Teile der rechten Wählerschaft galt Obama, der erste schwarze Präsident der USA, als zu Unrecht Herr im Weißen Haus. Die Demokraten drehten 2016 den Spieß um und erklärten die Trump-Regierung für illegitim, weil angeblich russische Hacker über das Internet das Wahlergebnis manipuliert hätten. Diesmal von den Demokraten gegen den republikanischen Präsidenten angestrebte Impeachment-Verfahren scheiterten zweimal, doch das Odium des Unsauberen gab Trumps Gegnern Auftrieb. So ist jetzt die Biden-Administration die vierte US-Regierung, die der Gegenseite des politischen Spektrums als illegitim gilt. Umgekehrt ist Bidens unbelegte Anschuldigung in seinem »Mörder«-Interview gegen Putin (17.3.2021), Russland habe durch Cyber-Angriffe auch 2020 versucht, die Präsidentenwahlen in den USA zugunsten von Trump zu beeinflussen, ein Ausweichmanöver, um diesem Vorwurf zu entkommen.

Im Bundesstaat Georgia fanden am 5. Januar 2021 Nachwahlen zu den zwei noch offenen Sitzen im US-Senat statt. Die Demokraten gewannen beide Sitze und es gibt im Senat ein fragiles Patt von 50 zu 50 Sitzen, bei dem nur durch die Stimme der Vizepräsidentin Kamala Harris eine Blockade der Republikaner gegen die Regierungspolitik verhindert wird. Inzwischen sind jedoch innerhalb der Demokratischen Partei die Differenzen, die durch die Gegnerschaft zu Trump überdeckt waren, bereits wieder offen aufgebrochen. Biden erreichte zwar eine Mehrheit der Wahlmänner-Stimmen, doch gab es Verluste der Demokraten im Repräsentantenhaus. Alexandria Ocasio-Cortez, ins Repräsentantenhaus wiedergewählte und bei jungen Wähler:innen an den Küsten beliebte Ikone der Linken, monierte, vor allem »junge Einwanderer-Aktivist:innen« hätten die Wahlen entschieden. Dennoch hätte das Übergangsteam Bidens mit der Agenda des progressiven Flügels der Partei nichts gemein. Das sei eine Missachtung derer, die ihm den Wahlsieg beschert hätten. Die Parteiführung sei – so sagte sie der *New York Times* – durch eine »antiaktivistische Stimmung« geprägt und gebe den Linken die Schuld, dass der große Durchbruch der Demokraten ausblieb (www.nytimes.com, 7.11.2020). Tatsächlich gilt in Washington inzwischen der konservative demokratische Senator Joe Manchin als der »zweitmächtigste« Mann nach Biden, weil ohne seine 50. Stimme kein Senats-Beschluss zugunsten

der Regierung möglich ist. Gestützt darauf hatte er bereits im März aus dem 1,9 Billionen-Dollar-Paket der Corona-Hilfen verschiedene Elemente rausoperiert, die als »links« gelten (www.zeit.de, 11.3.2021).

Bei all diesen Auseinandersetzungen innerhalb der Demokraten vor der Wahl war viel von Corona, Gesundheitsversicherung, »Sozialismus« und Einwanderungsfragen die Rede, jedoch nicht ernsthaft von der Außenpolitik. Auch wenn eine Minderheit der Delegierten des Demokraten-Parteitages ein »neues außenpolitisches Team« gefordert hatte. Man könnte es auch so formulieren: Trump wurde immer wieder vorgeworfen, er hätte Halluzinationen und leide unter Verfolgungswahn, wenn er von Intrigen des »Tiefen Staates« in Regierung und Kongress und bis ins Weiße Haus sprach. Tatsächlich haben die interventionistischen Globalisten, die vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 2017 offen und ungeniert das Land regiert, sich weltweit in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eingemischt und voller Eifer Regime-Change-Kriege geführt haben, eine obstruktive Hinhaltetaktik geübt, um die Trump-Jahre auszusitzen und sich nun von den linken und alternativen Kräften wieder in die maßgeblichen Machtpositionen tragen zu lassen. Der außenpolitische Teil der politischen Kaste in Deutschland freute sich schon im Herbst 2020 auf die alten Bekannten.

Die meisten Personen, die für die außenpolitischen und Sicherheits-Bereiche stehen, waren bereits unter Obama an dessen Kriegspolitik beteiligt. Zunächst Joe Biden selbst. Als Vizepräsident der Obama-Regierung hatte er am 2. Oktober 2014 vor Student:innen der Harvard-Universität die Außenpolitik der Regierung erläutert. Die USA waren dabei, die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands zu lösen und in den des Westens einzuordnen. Bidens Sohn Hunter machte gerade Geschäfte in der Ukraine. Originalton Biden: »Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder spüren Sie zunehmende Konsequenzen. Dadurch waren wir in der Lage, die größeren der entwickelten Staaten dazu zu bringen, Russland wirkliche Belastungen aufzuerlegen. Es ist wahr, dass sie das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und das Insistieren des Präsidenten der Vereinigten Staaten, mehrmals Europa fast bloßstellen zu müssen, sich zu erheben und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Belastungen aufzuerlegen. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein praktisches Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefststand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.« (www.finanzpraxis.com, 7.10.2014)

Die Sprecherin der damaligen EU-Außenministerin, Catherine Ashton, heuchelte zwar: »Die EU hat autonom und einstimmig die Verhängung der

Sanktionen gegen Russland beschlossen.« Gleichwohl war klar, dass die deutsche Wirtschaft bereits damals »Sanktionen« gegen Russland nicht wollte und deren Spitzenvertreter Kanzlerin Merkel nur widerwillig zugesagt hatten, sich dem »Primat der Politik« unterzuordnen. Hier waren bereits Umrisse jener Politik sichtbar, in die sich Deutschland und EU-Europa mit einem Präsidenten Biden wieder einfügen. Es wird nicht besser mit den »transatlantischen Beziehungen«, nur anders.

Antony Blinken war unter Bill Clinton Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, diente in der Obama-Regierung als stellvertretender Außenminister und als Sicherheitsberater des Vizepräsidenten Biden. Er gilt als Mann des außenpolitischen Ostküsten-Establishments der USA, setzt, wie es heißt, auf außenpolitische Allianzen und glaubt an die Rolle der USA als »globale Ordnungsmacht«. Das bestätigt im Kern die Wahrnehmung, die Präsidentschaft Biden werde zunächst als »3. Präsidentschaft« von Obama funktionieren. Auf dem berühmten Bild, das zeigt, wie die Spitzen der Obama-Regierung am Bildschirm gebannt live der Ermordung Osama Bin Ladens beiwohnen, steht er hemdsärmelig im Hintergrund. Obamas Außenminister John Kerry wurde zum Sondergesandten für Klimaschutz ernannt und als solcher auch Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates. Auserwählt als Chef des Pentagon wurde Lloyd J. Austin, ein pensionierter Vier-Sterne-General, der im Irak-Krieg eingesetzt und unter Obama Kommandeur des CENTCOM war, des Regionalkommandos der US-Streitkräfte, das für den Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien zuständig ist.

Mit Biden sind die »Falken« an die Macht zurückgekehrt. In den Debatten um die Kriege des Westens wurden traditionell immer zwei Vögel aufgerufen: »Tauben« und »Falken«. Deshalb gab es auf die Tatsachenfeststellung, dass Trump im Unterschied zu allen seinen Vorgängern seit dem Kalten Krieg, gar seit Jimmy Carter keinen neuen Krieg angezettelt hat, immer das Argument, er habe den Rüstungshaushalt aufgebläht, Drohkulissen aufgebaut und verstärkt Waffen exportiert, insbesondere an das im Jemen Krieg führende Saudi-Arabien; Trump sei mithin »keine Taube«.

Wir sollten in die Kollektion der Metaphern eine dritte Vogelart einfügen: die Krähen. Sie sind schlau und fressen auch Aas. Sie hockten bereits auf dem Kadaver der US-amerikanischen Vorherrschaft und waren dabei, die Überreste zu fressen. Jetzt sind die Falken zurück und vertrieben die Krähen. Sie werden den Kadaver aber nicht zu neuem Leben erwecken können. Und die Krähen wissen, ihre Zeit kommt wieder.